

# Anpassungsgeld an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen des Braunkohlentagebaus und der Stein- und Braunkohlenanlagen

Antrag auf Gewährung von Anpassungsgeld und Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen

## Sie benötigen Hilfe beim Ausfüllen des Formulars?



Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)

Telefon: 06196 908-1260

Montag bis Donnerstag: 08:30 – 16:00 Uhr

Freitag: 08:30 – 15:00 Uhr

E-Mail-Adresse: [APG-Braunkohle@bafa.bund.de](mailto:APG-Braunkohle@bafa.bund.de)

Internet: <http://www.bafa.de>

 [@bafa\\_bund](https://twitter.com/bafa_bund)



Bundesamt für Wirtschaft  
und Ausfuhrkontrolle  
– Außenstelle Weißwasser –  
Friedrich-Bodelschwingh-Straße 15  
02943 Weißwasser

# Antrag auf Gewährung von Anpassungsgeld und Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen

Ich beantrage

1. Anpassungsgeld nach den Richtlinien zur Gewährung von Anpassungsgeld an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen des Braunkohlentagebaus und der Stein- und Braunkohleanlagen
2. den Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen entsprechend der genannten Richtlinie

Zur Prüfung der Voraussetzungen für die Gewährung des Anpassungsgeldes weise ich auf die Mitteilung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See über die Höhe des vorläufigen Anpassungsgeldes (**Voranfrage**) hin.

Eine Kopie dieser Mitteilung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See füge ich bei.

## 1 Angaben zur antragstellenden Person

|                                |                                      |                                     |                                    |   |
|--------------------------------|--------------------------------------|-------------------------------------|------------------------------------|---|
| Rentenversicherungsnummer      |                                      |                                     |                                    |   |
| Anrede                         | Vorname                              |                                     | Nachname                           |   |
| Straße und Hausnummer          |                                      | Postleitzahl                        | Ort                                |   |
| Geburtsdatum                   |                                      |                                     |                                    |   |
| Telefon (optional)             |                                      | E-Mail-Adresse (optional)           |                                    |   |
| Steuer-ID                      |                                      |                                     |                                    |   |
| Familienstand                  |                                      |                                     |                                    |   |
| <input type="checkbox"/> ledig | <input type="checkbox"/> verheiratet | <input type="checkbox"/> geschieden | <input type="checkbox"/> verwitwet | <input type="checkbox"/> Eingetragene Lebenspartnerschaft |

Geschiedene bitte Zusatzformular Versorgungsausgleich bei Bedarf ausfüllen und beifügen, sofern Antragstellung gewünscht.



## 2 Angaben zur Bankverbindung

|               |   |
|---------------|---|
| Name der Bank | ggfs. abweichende/r Kontoinhaber/in inkl. Verwandtschaftsverhältnis |
| IBAN          | BIC   |

## 3 Angaben zum Arbeitgeber

|                                      |              |     |
|--------------------------------------|--------------|-----|
| Arbeitgeber                          |              |     |
| Straße und Hausnummer                | Postleitzahl | Ort |
| Personalnummer                       |              |     |
| Standort / Betriebseinheit           |              |     |
| Bundesland (für statistische Zwecke) |              |     |

## 4 Angaben zum Beschäftigungsverhältnis

Ich war am 30.09.2019 bei folgendem Arbeitgeber beschäftigt

In den zwei Jahren vor meiner Entlassung war ich wie folgt beschäftigt:

|                  |                  |     |
|------------------|------------------|-----|
| Von [TT.MM.JJJJ] | Bis [TT.MM.JJJJ] | bei |
| Von [TT.MM.JJJJ] | Bis [TT.MM.JJJJ] | bei |

Zeitliche Unterbrechungen der Beschäftigung beruhen auf folgenden Gründen:

Das Anpassungsgeld soll beginnen am [TT.MM.JJJJ]

Bitte fügen Sie die von Ihrem Arbeitgeber ausgefüllte „Bescheinigung des Arbeitgebers“ und die letzte „Jahresmeldung zur Sozialversicherung“ ihres Arbeitgebers vor Eintritt in das APG bei.



## 5 Anzurechnende oder zu berücksichtigende Leistungen

Ich habe nach meiner Kündigung folgende Leistungen beantragt, bezogen bzw. beziehe noch:  
(bei Rentenbezug bitte angeben, ob es sich um eine Teilrente oder um eine Vollrente handelt)

|    |   | Nein                     | Ja                       | in Höhe von [Euro] |
|----|---|--------------------------|--------------------------|--------------------|
| a) | Krankengeld bis voraussichtlich [TT.MM.JJJJ] →  | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |                    |
| b) | Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung (auch ausl. Rente u. ggfs. Witwer- bzw. Witwenrente) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |                    |
| c) | Rente aus der gesetzlichen Unfallversicherung   | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |                    |
| d) | Übergangsgeld von einem Träger der Rentenversicherung   | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |                    |
| e) | Verletztengeld von einem Träger der Unfallversicherung  | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |                    |
| f) | Verletztenrente oder eine Abfindung oder einen Vorschuss auf Verletztenrente                        | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |                    |
| g) | Leistungen der landwirtschaftlichen Alterskasse   | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |                    |
| h) | Leistungen nach beamtenrechtlichen Vorschriften   | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |                    |
| i) | Leistungen aus der Künstlersozialversicherung   | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |                    |

Bitte Kopien der aktuellen Bescheide/Schreiben, aus denen die Höhe der von Ihnen angegebenen Leistung hervorgeht, beifügen.

## 6 Mandatsträger

Sofern Sie Bezüge als Mandatsträger erhalten, geben Sie bitte an, welches Mandat (MdB, MdL, Mitglied eines Stadt- bzw. Gemeinderates, Bürgermeister/in, Fraktionsvorsitzende/r etc.) Sie ausüben und wie hoch die Einkünfte sind.

| Bezeichnung | Bezüge/Jahr [Euro] |
|-------------|--------------------|
|             |                    |

## 7 Angaben zu einem evtl. bestehenden Hinzuverdienst

| Ich übe eine selbständige Tätigkeit aus<br><input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja → | Art der Tätigkeit | Prognose der Einnahmen/Jahr [Euro] |
|--|-------------------|------------------------------------|
|  |                   |                                    |

Bitte fügen Sie eine Bescheinigung (Gewerbeanmeldung o.ä.) bei, aus der die Tätigkeit hervorgeht, sowie den letzten Steuerbescheid.

| Ich gehe einer nicht selbständigen Tätigkeit nach<br><input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja → | Art der Tätigkeit | Bezüge/Jahr [Euro] |
|--|-------------------|--------------------|
|  |                   |                    |
| Arbeitgeber  |                   |                    |

Bitte immer die letzte Gehaltsbescheinigung des derzeitigen Arbeitgebers vorlegen.

## 8 Schwerbehinderteneigenschaft

| Wurde bei Ihnen eine Schwerbehinderteneigenschaft anerkannt?<br><input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja → | beantragt am [TT.MM.JJJJ] | ggfs. ausgestellt am [TT.MM.JJJJ] |
|---|---------------------------|-----------------------------------|
|   |                           |                                   |

Bitte beglaubigte Kopie des Ausweises, falls dieser bereits vorhanden ist, beifügen.



## 9 Krankenversicherung

Ich bin krankenversichert

Nein  Ja

Name und Anschrift der gesetzlichen oder privaten Krankenkasse

**Bitte Kopie einer aktuellen Mitgliedsbescheinigung beifügen.**

Bei Vorliegen einer privaten Krankenversicherung Höhe des monatlichen Beitrags [Euro]

**Bitte Kopie einer Beitragsbestätigung beifügen.**

## 10 Rückzahlung und Aufrechnung

Ich bin bereit, die nach den Richtlinien gewährten Leistungen zurück zu zahlen oder mit laufenden Zahlungen aufrechnen zu lassen, wenn und soweit noch nicht oder nicht in vollem Umfang berücksichtigte Versicherungsunterlagen und Berechnungsgrößen zu einer Minderung der Leistungen führen.

Soweit Leistungen nach den Richtlinien widerrufen werden, da ich unrichtige Angaben gemacht habe oder ich einer mir nach diesen Richtlinien obliegenden Verpflichtungen nicht nachgekommen bin, werde ich die zurückgeforderten Beträge zuzüglich der gemäß § 49a Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) zu erhebenden Zinsen zurückzahlen.

## 11 Mitteilungspflichten des Antragsstellers

Ich werde dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) unaufgefordert und unverzüglich schriftlich mitteilen:

1. Änderungen im Beschäftigungsverhältnis wie
  - Aufnahme bzw. Ausübung einer Beschäftigung (auch einer geringfügigen)
  - Aufnahme bzw. Ausübung einer selbständigen Tätigkeit
  - Übernahme eines Mandats als MdB, MdL, Mitglied des Stadt- oder Gemeinderates, Bürgermeister, Fraktionsvorsitzender etc.

Die Mitteilung muss Angaben über die Dauer und Art der Beschäftigung, die Höhe des Einkommens bzw. des voraussichtlichen Jahreseinkommens sowie bei nicht selbständiger Tätigkeit die Anschrift und Art der Tätigkeit des Arbeitgebers enthalten.

2. Alle sonstigen Umstände, die den Anspruch auf Leistungen nach den Richtlinien mindern können, wie zum Beispiel:
  - Gewährung oder Anhebung einer Rente für Bergleute
  - Gewährung oder Anhebung einer Rente wegen Berufsunfähigkeit oder teilweiser Erwerbsminderung
  - Gewährung oder Anhebung einer ausländischen Rentenleistung
  - Gewährung oder Anhebung einer Rente aus der gesetzlichen Unfallversicherung
  - Gewährung oder Veränderung des arbeitstäglichen Übergangsgeldes
  - Gewährung oder Veränderung des arbeitstäglichen Krankengeldes aus der Krankenversicherung nach Beendigung einer Beschäftigung oder Tätigkeit
  - Gewährung oder Veränderung des arbeitstäglichen Verletztengeldes aus der gesetzlichen Unfallversicherung nach Beendigung einer Beschäftigung oder Tätigkeit
  - Gewährung einer Witwen- oder Witwerrente
  - Gewährung einer Alterssicherung der Landwirte
  - Gewährung einer Leistung aus der Künstlersozialversicherung
  - Durchführung eines Versorgungsausgleiches
  - Zuerkennung eines Grades der Behinderung
3. Alle sonstigen Umstände, die den Anspruch auf Leistungen nach der Richtlinie ausschließen können, insbesondere:
  - Erreichen des für den Bezug einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erforderlichen Lebensalters, auch dann, wenn für den Rentenbezug ein Antrag erforderlich ist und dieser nicht gestellt wurde
  - Beantragung oder Gewährung einer Rente wegen Erwerbsunfähigkeit oder wegen voller Erwerbsminderung aus der gesetzlichen Rentenversicherung



4. Jede Änderung des Wohnsitzes oder dauernden Aufenthaltsortes, insbesondere die Absicht, wegen Familienzusammenführung ins Ausland über zu siedeln.
5. Jede Änderung bei der Krankenversicherung, z.B.
  - Wechsel der Krankenkasse
  - Wegfall der Versicherung
  - Beitragsanpassungen

## 12 Gewährung des Prüfungsrechts

Darüber hinaus räume ich dem BAFA, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesrechnungshof sowie der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ein uneingeschränktes Auskunfts- und Prüfungsrecht hinsichtlich der Tatsachen und Unterlagen, die mit der Gewährung des Anpassungsgeldes und dem Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen im Zusammenhang stehen, ein. Ich verpflichte mich, auch wenn die Prüfung am Sitz der Prüfungsstelle erfolgt, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie die Prüfung der Unterlagen zu dulden und zu ermöglichen.

## 13 Abtretungserklärung

Für den Fall, dass eine der in Nr. 3.1.2, 4.1.2 oder 5.2 der Richtlinien zur Gewährung von Anpassungsgeld genannten Leistungen sowie Leistungen eines Unfallversicherungsträgers zu einer Minderung bzw. dem Wegfall des Anspruchs auf Anpassungsgeld und des Zuschusses zu den Krankenversicherungsbeiträgen führen, trete ich meinen Anspruch in Höhe des anzurechnenden Betrages bzw. des zu erstattenden Betrages an den Bund, vertreten durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, ab.

## 14 Erklärung zur unbaren Zahlung von Anpassungsgeld

Das mir zustehende Anpassungsgeld soll auf das oben genannte Konto überwiesen werden.

Ich verpflichte mich, dem BAFA, Außenstelle Weißwasser unverzüglich jede Änderung der Verhältnisse, die die Zahlung, die Höhe oder den Anspruch selbst beeinflussen, mitzuteilen und zu viel gezahlte Beträge zurückzuzahlen.

Sofern auch andere Personen Verfügungsberechtigung über mein Konto haben, werde ich sie davon in Kenntnis setzen, dass die angewiesenen Beträge nach meinem Ableben nicht in Empfang genommen werden dürfen (Ausnahme: der in häuslicher Gemeinschaft lebende Ehegatte/eingetragene Lebenspartner).

Ich ermächtige das jeweils kontoführende Geldinstitut, überzahlte Beträge dem BAFA, Außenstelle Weißwasser zurückzuzahlen. Ich werde den Einwand des Wegfalls der Bereicherung gem. § 818 Abs. 3 Bürgerliches Gesetzbuch nicht erheben.

Ich bin damit einverstanden, dass das kontoführende Geldinstitut im Falle meines Todes dem BAFA die erforderlichen Auskünfte über meine Erben und andere über das Konto Verfügungsberechtigte erteilt.

Dieser Antrag mit den vorstehenden Ermächtigungen kann nur von mir, nicht aber von meinen Erben, widerrufen oder geändert werden.

## 15 Erklärung nach Ziffer 3.1.3 und Ziffer 8 der Richtlinie zur Gewährung von Anpassungsgeld an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen des Braunkohlentagebaus und der Stein- und Braunkohleanlagen

Die Abgabe der nachstehenden Erklärung ist nur erforderlich, wenn

- Anpassungsgeld in Zielrichtung Altersrente für langjährig Versicherte oder Altersrente für schwerbehinderte Menschen beansprucht wird, und
- der Beginn des Anpassungsgeldes auf die Vollendung des maßgebenden Lebensjahres ausgerichtet sein soll.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Beginn des Anpassungsgeldes auf den sich nach SGB VI ergebenden vorzeitigen Beginn der Altersrente abgestellt wird.

Mir ist bekannt, dass die beabsichtigte vorzeitige Inanspruchnahme der Altersrente mit einer Rentenkürzung infolge Minderung des Zugangsfaktors verbunden ist. Dabei kann bei der Laufzeit des Anpassungsgeldes in Zielrichtung Altersrente für schwerbehinderte Menschen auf die Laufzeit des Anpassungsgeldes in Zielrichtung Altersrente für langjährig Versicherte abgestellt werden.

Die dabei entstehenden Rentenabschläge werden durch entsprechende Zahlungen durch die Bewilligungsstelle an die gesetzliche Rentenversicherung nach § 187a SGB VI ausgeglichen. Besteht zum Zeitpunkt des Rentenbeginns auch ein Anspruch auf die Altersrente für schwerbehinderte Menschen, werden die Rentenabschläge nur für diese Altersrente ausgeglichen.

Hiermit berechtige ich die Bewilligungsstelle für mich den Antrag auf Ausgleich der Rentenabschläge bei der Deutschen Rentenversicherung zu stellen.

Hiermit erkläre ich, dass ich die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben habe und diese zutreffend sind.

**Ich bestätige, dass ich die beigefügten Hinweise gemäß Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zur Kenntnis genommen habe.**

Datum

Unterschrift der antragstellenden Person



Dieses Dokument ist für Ihre Unterlagen bestimmt.

**Bitte nicht im BAFA einreichen!**

## Hinweise gemäß Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

(Gewährung von Anpassungsgeld nach § 57 Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG))

### 1 Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Verantwortlicher:

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle  
Frankfurter Straße 29-35  
65760 Eschborn  
Telefon: 06196 908-0  
Telefax: 06196 908-1800

Datenschutzbeauftragter: datenschutzbeauftragter@bafa.bund.de

### 2 Datenverarbeitung

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) erhebt im Rahmen der Antragstellung (Ziffer 6.3 der Richtlinien zur Gewährung von Anpassungsgeld an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen des Braunkohlentagebaus und der Stein- und Braunkohleanlagen vom 03.09.2020) die folgenden personenbezogenen Daten:

- Angaben zum Antragsteller samt Kontaktdaten
- Rentenversicherungsnummer, Bankverbindung, Steueridentifikationsnummer, Personalnummer
- Rentenversicherungsrechtliche Daten
- Anzurechnende oder zu berücksichtigende Leistungen Dritter
- Angaben zum Hinzuverdienst/ Nebenbeschäftigung
- (ggf.) Angaben zur Ehescheidung (Versorgungsausgleich)
- Angaben zur Ausübung von Mandaten
- Schwerbehinderteneigenschaft
- Beschäftigungszeiten

Die Erhebung und Verarbeitung der Daten ist zur Erfüllung der dem BAFA nach § 57 Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) zugewiesenen Aufgabe (Gewährung von Anpassungsgeld) erforderlich. Die Erhebung und Verarbeitung der Daten dient dem Zweck, das Zuwendungsverfahren im Rahmen der für das BAFA als Bewilligungsbehörde geltenden Vorschriften ordnungsgemäß durchführen zu können. Dies beinhaltet insbesondere die Verarbeitung der Daten zum Zweck

- der Prüfung und Bescheidung des Antrags auf Anpassungsgeld einschließlich Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen und der Auszahlung der Zuwendung sowie der Durchführung des Verwaltungsverfahrens im Übrigen (ggf. einschließlich der Rückabwicklung von zu Unrecht bewilligten Zuwendungen und der Durchführung von Rechtsbehelfsverfahren);
- der Erfüllung von Meldepflichten gegenüber den Finanzbehörden und dem Bundesamt für Soziale Sicherung sowie der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen;
- der Durchführung des Ausgleichs von Rentenabschlägen.
- der Durchführung der für Zuwendungen des Bundes vorgeschriebenen Erfolgskontrolle nach § 54 KVBG (ggf. einschließlich statistischer Auswertung, Monitoring und Controlling zur sozialverträglichen Ausgestaltung der Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung)
- der für Zuwendungen des Bundes vorgeschriebenen Überwachung der Mittelverwendung (Zuwendungsdatenbank des Bundes);

Die Verarbeitung der Daten zu den vorstehend genannten Zwecken ist zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben des BAFA als Bewilligungsbehörde erforderlich und beruht insoweit auf Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe c und e Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit § 3 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). Die Verarbeitung der Angaben zur Schwerbehinderteneigenschaft beruht auf Art. 9 Abs. 2 Buchstabe g DSGVO).

Die erhobenen Daten werden grundsätzlich für die Dauer von 5 Jahren aufbewahrt. Die Frist beginnt mit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Gewährung des Anpassungsgeldes ausläuft. Zahlungsbegründende Unterlagen, z. B. Zahllisten, werden für die Dauer von 10 Jahren aufbewahrt. Die Frist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Zahlung erfolgte.



Dieses Dokument ist für Ihre Unterlagen bestimmt.

**Bitte nicht im BAFA einreichen!**

### 3 Empfänger der Daten (Kategorien):

Innerhalb des BAFA erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf die Daten, die mit der Bearbeitung des Vorgangs im Rahmen der oben genannten Zweckbestimmung befasst sind.

Zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs übermittelt das BAFA personenbezogene Daten an die Deutsche Bundesbank und an die Bundeskasse.

Im Rahmen der Durchführung der haushaltsrechtlich vorgeschriebenen Erfolgskontrollen kann das BAFA personenbezogene Daten an öffentliche Stellen weitergeben, die mit einer etwa erforderlichen Prüfung der dem Antrag zugrundeliegenden Angaben betraut sind (z. B. Bundesrechnungshof).

Die Daten werden zum Zweck der Prüfung, ob und inwieweit ein Anspruch auf Anpassungsgeld besteht, nach Maßgabe des § 25 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) an Rentenversicherungsträger weitergeleitet, insbesondere an die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.

Aufgrund haushaltsrechtlicher Vorschriften werden darüber hinaus projektbezogene Daten zu der geförderten Maßnahme in einem zentralen System des Bundes gespeichert und genutzt (Zuwendungsdatenbank des Bundes). Dies betrifft die folgenden Daten: Thema des Vorhabens, Zuwendungsempfänger und ausführende Stelle, Bewilligungszeitraum, Höhe der Zuwendung. Die in die Zuwendungsdatenbank des Bundes übertragenen Daten können von folgenden zugriffsberechtigten Stellen des Bundes eingesehen werden: Mitglieder des Deutschen Bundestages, andere fördernde öffentliche Stellen und Stellen, die mit einer etwa erforderlichen Prüfung der dem Antrag zugrunde liegenden Angaben betraut sind (z. B. Bundesrechnungshof), sowie – ausschließlich für statistische Zwecke – die damit beauftragte Einrichtung. Die Daten werden ausschließlich zum Zweck der Durchführung von haushaltsrechtlich vorgeschriebenen Erfolgskontrollen sowie zur Erfüllung von Auskunftsansprüchen des Deutschen Bundestages genutzt. Abgeordnete des Bundestages (MdB) haben bezüglich ihres Wahlkreises technisch die direkte Möglichkeit des Zugriffs auf Daten der Zuwendungsdatenbank. Die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit für die Zuwendungsdatenbank des Bundes liegt beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin.

Ergeben sich bei der Bearbeitung des Verfahrens tatsächliche Anhaltspunkte, die den Verdacht einer Straftat (insbesondere Betrug bzw. Subventionsbetrug) oder Ordnungswidrigkeit begründen, kann das BAFA personenbezogene Daten an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden übermitteln.

Zum Zweck der technischen Unterstützung sowie für das Hosting des Antragsportals arbeitet das BAFA mit einem Dienstleister (Auftragsverarbeiter) zusammen, der hinreichend Garantien dafür bietet, dass geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchgeführt werden, dass die Verarbeitung der Daten im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen erfolgt und der Schutz Ihrer Rechte gewährleistet ist (Artikel 28 DSGVO).

Die Daten werden ausschließlich innerhalb der Europäischen Union verarbeitet. Eine Datenübermittlung an Drittstaaten findet nicht statt.

### 4 Betroffenenrechte

Als Betroffene/r haben Sie das Recht,

- Auskunft über Ihre durch das BAFA verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen (Artikel 15 DSGVO).
- die Berichtigung oder Vervollständigung Ihrer beim BAFA gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen (Artikel 16 DSGVO),
- die Löschung Ihrer beim BAFA gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses, für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist (Artikel 17 DSGVO),
- die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen (Artikel 18 DSGVO),
- Ihre personenbezogenen Daten, die sie dem BAFA bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen (Artikel 20 DSGVO),
- jederzeit aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen (Artikel 21 DSGVO), und
- sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren (Artikel 77 DSGVO).

Zuständige Aufsichtsbehörde ist gemäß § 9 BDSG die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), Husarenstraße 30, 53117 Bonn.

### 5 Datenverarbeitung durch die DRV Knappschaft-Bahn-See

Über den Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten und Ihre Rechte informiert Sie die Knappschaft-Bahn-See unter [www.deutsche-rentenversicherung.de/Datenschutzinformationen](http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Datenschutzinformationen).